



Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter

Jahresbericht USA

2013

Im April 2013 kommt auch ein Untersuchungsbericht einer überparteilichen US-Kommission zu dem Ergebnis, dass die Vereinigten Staaten im „**Krieg gegen den Terror**“ nach den Anschlägen vom 11. September 2001 eindeutig Gefangene gefoltert haben. Dies sei „unbestreitbar“. Die Kommission sei zu der bedauerlichen, aber unvermeidlichen Schlussfolgerung gekommen, dass die USA ein Vorgehen gezeigt haben, das eindeutig Folter sei. In Afghanistan, im Irak, im US-Gefangenenlager Guantanamo und andernorts hätten Geheimdienstbeamte und Soldaten unter Verletzung des amerikanischen und des Völkerrechts Gefangene „grausam, inhuman und erniedrigend“ behandelt.

Symbol der Menschenrechtsverletzungen nach dem 11. September ist insbesondere das **Gefangenenlager Guantánamo Bay** auf Kuba. Umso wichtiger ist es, dass Obama in seiner im Januar 2013 begonnenen zweiten Amtszeit, sein Versprechen aus dem Jahr 2009 einlöst, dieses Mahnmal des Unrechts und der Folter zu schließen. Bislang machte die Obama-Administration den Kongress dafür verantwortlich, das überfällige Versprechen des Friedensnobelpreisträgers nicht einzulösen. Doch es ist inakzeptabel, wenn eine Regierungsgewalt in einem Land die Verantwortung für Menschenrechtsverletzungen im eigenen Land an eine andere Regierungsgewalt abgibt.

Obama hatte in seiner ersten Amtszeit Folter in Guantánamo verbieten und Geheimgefängnisse weltweit schließen lassen. Eine eklatante Verletzung internationalen Rechts ist jedoch, dass die Verantwortlichen für Folter oder Verschwindenlassen nach wie vor nicht bestraft werden.

Außerdem behält auch er sich das Recht vor, im „Krieg gegen den Terror“ Menschen auf unbestimmte Zeit zu inhaftieren. Seit Jahren wird ein Großteil der Häftlinge ohne Anklage oder Urteil festgehalten. Sieben Häftlinge wurden in Militärkommissionen verurteilt. Gegen weitere sechs Häftlinge liefen im Januar Verfahren vor Militärkommissionen, die jedoch internationalen Standards für faire Verfahren widersprechen.

So waren elf Jahre nach der Einrichtung des Gefangenenlagers auf Guantánamo im Januar 2013 dort immer noch 166 Männer (von 779, die seit 2002 dorthin überstellt worden sind) inhaftiert. Zwölf der Gefangenen waren noch Kinder als sie aufgegriffen wurden. Neun Häftlinge sind während ihrer Zeit in Guantánamo umgekommen. Sieben von ihnen haben sich selbst das Leben genommen. Nicht zuletzt, um auf ihre ausweg- und hoffnungslose Situation durch jahrelang anhaltende Haft ohne Anklage oder Urteil Aufmerksamkeit zu machen, begann im Februar ein Hungerstreik der Gefangenen. Im Verlauf des Jahres befanden sich über 100

der 166 Häftlinge im Hungerstreik und zahlreiche Häftlinge wurden mit Schläuchen zwangsernährt.

Am 30. April brach US-Präsident Barack Obama sein Schweigen zum Thema Guantánamo und erneuerte seine einstige Verpflichtung zur Schließung des Gefangenenlagers.

Auch in Kalifornien traten Gefangene am 08. Juli 2013 in einen zwei Monate andauernden Hungerstreik, um gegen die unerträglichen Bedingungen in den **Isolationseinheiten der Hochsicherheitsgefängnisse** dort zu protestierten. Zeitweise beteiligten sich über 30.000 Gefangene. Im September wurde der Hungerstreik beendet, nachdem die Gesetzesgeber erklärten, Anhörungen zu den Bedingungen in den Isolationseinheiten und dem Gebrauch der Langzeit-Isolation zu veranstalten. In den Isolationseinheiten, z.B. im kalifornischen Pelican Bay State Gefängnis, wo die Konditionen besonders unmenschlich sind, werden Gefangene unter extrem restriktiven Bedingungen (22 Stunden am Tag in fensterlosen Zellen, kaum menschlichem Kontakt, nur 90 Minuten pro Woche alleinige sportliche Betätigung,...) über lange Zeit festgehalten. Dutzende Gefangene haben 20 Jahre in Isolationshaft verbracht und leiden infolgedessen – selbst nach ihrer Entlassung noch - an physischen und psychischen Problemen. Teilweise jahrzehntelange Inhaftierung in Isolationseinheiten unter solch extremen Bedingungen stellt grausame unmenschliche oder erniedrigende Behandlung dar und ist nicht im Einklang mit den internationalen Verpflichtungen zur menschlichen Behandlung von Gefangenen.

Unter **extrem harten Bedingungen der Isolationshaft** litten auch 2013 nach wie vor **Albert Woodfox und Herman Wallace** in Louisiana. Ihre Haftbedingungen sind nach Meinung von Amnesty International grausam, unmenschlich und erniedrigend und die Organisation hat die Behörden wiederholt aufgefordert, diese für die beiden Männer zu beenden. Beide waren wegen Mordes an einem Gefängniswärter im Jahr 1972 angeklagt. Doch viele Aspekte des Falls, über den bereits seit vier Jahrzehnten verhandelt wird, sind extrem problematisch: So basiert die Verurteilung von Albert Woodfox und Herman Wallace auf einer fragwürdigen Zeugenaussage. In den letzten Jahren sind Beweise zu Tage getreten, dass der Hauptbelastungszeuge für seine Aussage durch Gefängnisbeamte bestochen worden ist. Darüber hinaus, gibt es keine physischen Beweise, die einen Zusammenhang zwischen den Beschuldigten und dem Mord herstellen und möglicherweise entlastendes DNA-Beweismaterial ist durch den Staat verloren worden.

Im Februar 2013 drängt Amnesty International den Generalstaatsanwalt von Louisiana keine Berufung gegen ein Urteil eines Bundesgerichtes einzulegen, das die Verurteilung von Albert Woodfox erneut aufgehoben hat. Albert Woodfox, der nun auf die 70 Jahre zugeht, befindet sich seit seiner Verurteilung vor über 40 Jahren in Einzelhaft. Die extrem harten Bedingungen wie 23 Stunden in der Zelle, kein angemessener Zugang zu sportlicher Betätigung, sozialer Interaktion, kein Zugang zu Arbeit, Bildung oder Rehabilitations-Programmen belasten seine physische und psychische Gesundheit. Herman Wallace, 71 Jahre alt, war ebenfalls seit über 40 Jahren in Einzelhaft als bei ihm im Juni 2013 unheilbarer Leberkrebs festgestellt wurde. Daher hat sich Amnesty International im Juli dafür eingesetzt, dass er aus humanitären Gründen wenigstens seine letzte Zeit in Freiheit und Würde verbringen kann. Anfang Oktober wurde er freigelassen und verstarb drei Tage später. Nach seinem Tod machte sich Amnesty International in einer Kampagne vehement dafür stark, dass die Haft des Mitbeschuldigten Albert Woodfox beendet wird.